

über* seine Arbeit vor dem Elternbeirat berichtet.

Auch sollten die Genossen der Abteilung Volksbildung beim Rat der Stadt Dessau dafür sorgen, daß mit allen Eltern-

beiräten in bestimmten Zeitabständen ein Erfahrungsaustausch durchgeführt wird.

Rudolf Heide

Vorsitzender des Elternbeirates der
Grundschule VII, Dessau

Die Wahlkreis-Konferenz brachte der Nationalen Front Zuwachs

Der Beschluß der Bezirksleitung Groß-Berlin, eine Wende in der Tätigkeit der Berliner Parteioorganisation herbeizuführen, veranlaßte auch die Leitung unserer Wohnbezirksparteioorganisation, sich zu überlegen, wie eine noch breitere politische Massenarbeit erreicht werden konnte.

Es ging nicht an, daß wir weiterhin „im eigenen Saft schmorten“ und dadurch versäumten, alle gesellschaftlichen Kräfte im Wohngebiet in die politische Arbeit mit einzubeziehen und ihre Aufgabensstellung zu koordinieren.

Der Beschluß der Kreisleitung Berlin-Köpenick vom 30. Juli 1958 zur Auswertung des V. Parteitages umfaßt acht Schreibmaschinenseiten. Hierin stehen die wirtschaftlichen Aufgaben des Kreises richtig im Vordergrund. Wird aber nicht doch die dabei notwendige politische Massenarbeit im Wohngebiet unterschätzt, wenn darüber nur in zwei Sätzen auf der letzten Seite des Dokumentes gesprochen wird?

Hat nicht gerade die Organisierung der politischen Massenarbeit in Betrieb und Wohngebiet einen sehr bedeutenden Einfluß auf die Lösungen der wirtschaftlichen Aufgaben?

Mit dieser Kritik an der Kreisleitung wollen wir aber keineswegs unsere eigenen Fehler bemängeln. Unsere Wohnbezirksparteioorganisation zählt 30 Mitglieder, davon sind etwa die Hälfte einsatzfähige Genossen. Anstatt die Grundorganisation auf die politische Massenarbeit als die wichtigste Aufgabe hinzulenken, haben wir diese als eine Ressortarbeit angesehen und uns damit begnügt, einige Genossinnen in den Wirkungsbereichs-ausschuß der Nationalen Front, in die staat-

lichen Kommissionen und in die Massenorganisationen zu delegieren.

Nach dem Studium des Beschlusses der Bezirksleitung haben wir zunächst alle im Wohngebiet ansässigen Genossen für die gesellschaftspolitische Arbeit in ihrem eigenen bzw. im Nachbarhaus verantwortlich gemacht. Wir haben ihnen die Aufgabe gestellt, in Hausversammlungen über den sowjetischen Vorschlag für einen Friedensvertrag mit Deutschland zu diskutieren. Es sollte dabei erreicht werden, daß die Hausgemeinschaften in Entschließungen von den Westmächten fordern, mit den Friedensverhandlungen zu beginnen, und daß die Hausbewohner für die Teilnahme am NAW gewonnen werden.

Besonders notwendig erschien es uns, die Arbeit aller gesellschaftlichen Kräfte zu koordinieren und ihnen eine einheitliche politische Orientierung zu geben. Wir hielten es aber für zweckmäßig, diese Zusammenfassung in einem größeren Rahmen vorzunehmen, um die Arbeit aus der Enge herauszuführen, unseren Blickkreis zu erweitern, gleichzeitig aber auch besser die Probleme des ganzen Ortsteils Friedrichshagen zum Ausgangspunkt unserer Arbeit zu machen. Dieser Vorschlag fand allgemeine Billigung. Die Abgeordnetengruppe und die Arbeitsgruppe der Nationalen Front im Wahlkreis XI beschlossen, alle Ausschußmitglieder der Nationalen Front, die Haus- und Straßenvertrauensleute, die Mitglieder der ständigen Kommissionen und der Aktivistensowie die Vertreter der Massenorganisationen zu einer gemeinsamen Arbeitskonferenz einzuladen.

Als wir mit den Vorbereitungen zur Konferenz begannen, erhielten wir will-